

„Kahlschlag mit Ansage? Strukturelle Folgen der Kürzungen in Hochschulen und Forschung“

Nachbericht der Podiumsdiskussion

Am Freitag, den 17. April 2026, diskutierten Vertreter:innen aus Wissenschaft, Politik und Interessenvertretungen im Haus der Demokratie und Menschenrechte in Berlin über die aktuellen Kürzungen im Hochschul- und Forschungsbereich. Die Veranstaltung fand in Kooperation des *Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)* mit dem *Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss)* statt.

Ausgangspunkt der Diskussion war die in vielen Bundesländern sichtbare Verschärfung der finanziellen Lage von Hochschulen, die sich in Berlin besonders deutlich zeigt. Im Zentrum standen die strukturellen Folgen konkreter Kürzungen, die insbesondere ohnehin unterfinanzierte Bereiche wie die Gesellschafts- und Geschlechterforschung treffen.

In kurzen Inputs beleuchteten **Prof. Dr. Sabine_Hark** (TU Berlin), **Prof. Dr. Geraldine Rauch** (Charité Berlin), **Tobias Schulze** (Die Linke Berlin) sowie **Jonathan Dreusch** (fzs) unterschiedliche Perspektiven auf die aktuelle Entwicklung. Moderiert wurde die Diskussion von **Kathrin Meißner** (NGAWiss, BdWi-Beirat).

Eine wichtige Feststellung der Diskutierenden war eingangs, dass die zunehmende Krisenhaftigkeit der internationalen Politik zu einer kurzfristig ausgerichteten Wissenschaftspolitik beiträgt. Wissenschaftspolitik ist jedoch ihrem Wesen nach langfristig angelegt – ein Spannungsverhältnis, das sich nicht nur in Berlin, sondern bundesweit zeigt. Besonders deutlich wurde jedoch, dass sich diese Kurzsichtigkeit aktuell in Berlin in verschärfter Form niederschlägt.

So wurde kritisiert, dass im Berliner Haushalt der Großen Koalition vor allem Prestigeprojekte abgesichert werden, während Wissenschaft und Kultur zunehmend unter Druck geraten – und in hohem Maße Streichungen unterliegen. Die Folgen sind bereits spürbar: ein unregelmäßiger Abbau von Stellen, eine weitere Prekarisierung wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse sowie der Rückgang von Studienplätzen. Die Berliner Hochschulen befinden sich derzeit in einer Situation ohne verlässliche Haushaltsgrundlage.

Geraldine Rauch brachte es auf den Punkt: Berlin fungiere als „Brennglas“, das sichtbar mache, wie kurzfristige politische Entscheidungen langfristige strukturelle Schäden verursachen. Diese Entwicklung gehe mit einem erheblichen Vertrauensverlust einher – nicht nur politische Zusagen würden infrage gestellt, sondern bestehende Vereinbarungen nicht umgesetzt.

Auch die zunehmenden Angriffe auf einzelne Forschungsbereiche wurden thematisiert. Die Geschlechterforschung steht bereits seit rund 20 Jahren unter Druck; durch den politischen Bedeutungsgewinn rechter Akteure habe sich diese Entwicklung jedoch deutlich verschärft und gewinne zunehmend an Gefährlichkeit.

Trotz der prekären Lage und der spürbaren Einschnitte bleiben breite Proteste bislang eher aus. Vertreter:innen der Studierenden führten dies unter anderem auf langfristige Entwicklungen wie die Bologna-Reformen sowie die fortschreitende Ökonomisierung der Hochschulen zurück, die kollektive Organisierung erschwert hätten.

Am Ende der Diskussion stand daher ein klarer Appell: Die Hochschulgemeinschaft müsse enger zusammenstehen. Die aktuellen Kürzungen sowie politische Angriffe beträfen alle Statusgruppen. Dazu dienen auch die vielen unterschiedlichen Initiativen, die aktuell erwachsen. Zugleich wurde betont, dass Wissenschaft selbst stärker in die gesellschaftliche Debatte eingreifen müsse.

Wissenschaft sei nicht nur Erkenntnisproduktion, sondern auch Auseinandersetzung – und damit notwendigerweise auch Streit.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass es sich bei den aktuellen Entwicklungen nicht um kurzfristige Einschnitte, sondern um tiefgreifende strukturelle Veränderungen handelt, deren Folgen die Wissenschaftslandschaft langfristig negativ prägen werden.